



Bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften

Partnerschaft mit dem Westbalkan für mehr Ambitionen im Klimaschutz

Konzept

Eine konsistente und ambitionierte Klimaaußenpolitik ist ein zentrales Anliegen der deutschen Bundesregierung. Gemeinsam mit Entwicklungs- und Schwellenländern arbeitet sie daran, die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele zur Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius zu erreichen. Der Fokus der Ambition liegt im Bereich Anpassung und Minderung.

Mit bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften unterstützt die Bundesregierung klimapolitisch wichtige, ambitionierte und reformorientierte Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung ihrer nationalen Klimaschutzziele und der Anpassung an den Klimawandel. Dabei verbinden die Partnerschaften Klimaziele mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs).

Kernelement der Partnerschaften ist der Anspruch, die zur Umsetzung der Klimaziele erforderlichen Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten (*Just Transition*). Damit diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelingen kann, gehen bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften über eine reine Regierungszusammenarbeit hinaus und binden Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Privatwirtschaft und Wissenschaft in den Austausch ein. Sie werden zunächst als bilaterale Partnerschaften konzipiert, sind jedoch offen für weitere bi- und multilaterale Geber.

Ausgestaltung

Die Partnerschaften sind langfristig angelegt und die beteiligten Regierungen vereinbaren gemeinsam messbare Ziele. Anknüpfungspunkte sind die nationalen Klimabeiträge (NDCs), Anpassungsstrategien (zum Beispiel nationale Anpassungspläne) und Langfriststrategien der Partnerländer sowie die SDGs und nationale Nachhaltigkeitsstrategien. Sie fördern darüber hinaus das Engagement der Partnerländer in internationalen klimapolitischen Allianzen und Initiativen.

Finanzierung

Neben den bilateralen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aus der sogenannten „P+-Fazilität“ als relevantes Finanzierungsinstrument jedes Jahr erfolgversprechende Projekte im Bereich Anpassung an den Klimawandel und Klimaschutz. Im Jahr 2023 standen hierfür 350 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich können die Länder Mittel aus der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) erhalten. Darüber hinaus kann zusätzliches privates Kapital für weitere Projekte mobilisiert werden.

Ziele

Erhöhung der Ambitionen von Entwicklungs- und Schwellenländern zur Erreichung ihrer nationalen Resilienz- und Klimaziele

Grüne und sozial gerechte Gestaltung der Transformation

Hauptelemente

Klimapolitischer Dialog, Monitoring und Unterstützung
Partnerschaften sind zentraler Bestandteil der deutschen Klimaaußenpolitik

Einbindung aller Akteure
→ Regierung
→ Zivilgesellschaft
→ Wirtschaft
→ Wissenschaft

Diverse Finanzierungsinstrumente
→ „P+-Fazilität“
→ bilaterale Mittel
→ Fonds
→ Weitere

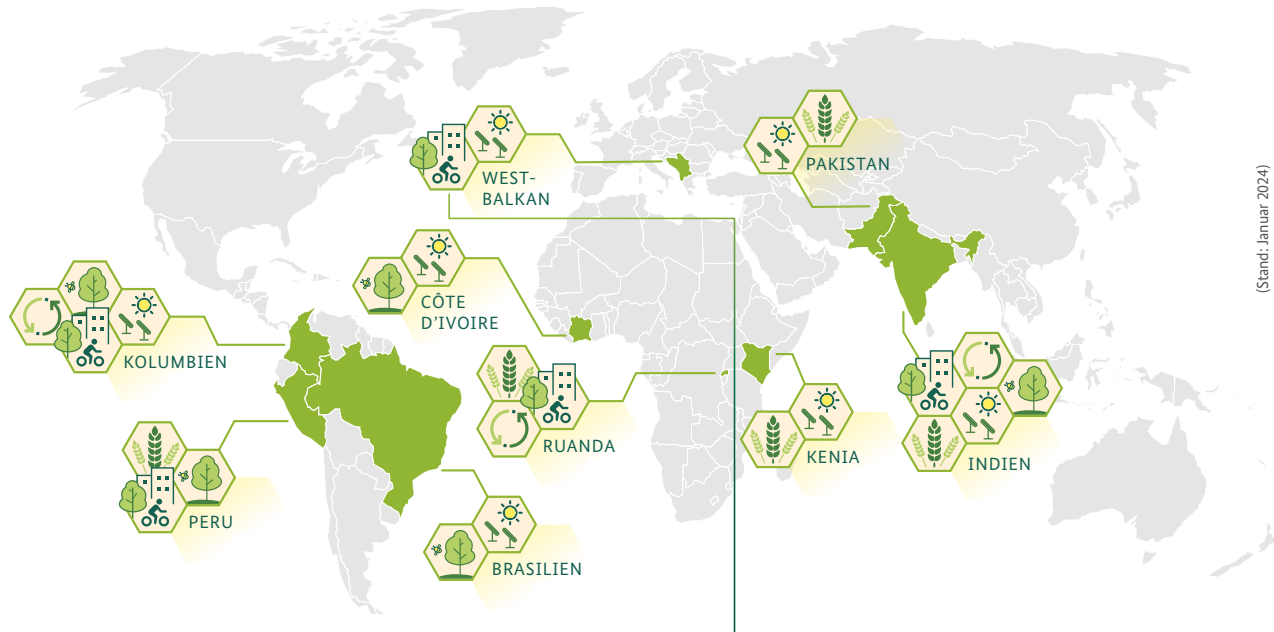
Mobilisierung zusätzlicher Geber und Mittel
inklusive bi- und multilateraler Verzahnung

Rahmenbedingungen

Verbindung des Pariser Klimaabkommens (Klimaschutz und Anpassung) mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 zu **holistischen Transformationsansätzen** durch Unterstützung von Minderungs- und Klimaanpassungsmaßnahmen

Länder und Schwerpunkte

Jede Partnerschaft konzentriert sich auf Klimaschutz sowie länderspezifische Schwerpunktthemen. Diese werden in einem partnerschaftlichen Ansatz ausgewählt. Aktuell bestehen bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit acht Ländern sowie eine regionale Partnerschaft mit dem Westbalkan (Stand: Januar 2024).* Deutschland ist mit weiteren Ländern zur Bildung einer Partnerschaft im Gespräch.



(Stand: Januar 2024)

Regionale Klimapartnerschaft Westbalkan

Deutschland und der Westbalkan arbeiten zu Klimathemen eng zusammen, insbesondere im Energiesektor. Aufgrund der starken Abhängigkeit der Region von fossilen Energieträgern besteht großer Bedarf beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie bei der Verbesserung der Energieeffizienz. Seit 2021 vertiefen Serbien und Deutschland im Rahmen der *Strategic Cooperation on Climate Action* die Zusammenarbeit auf dem Weg in eine klimafreundliche Zukunft. Beim Westbalkangipfel im Oktober 2023 haben die Regierungen die Ausweitung zur ersten regionalen Klimapartnerschaft beschlossen. Für die Intensivierung der bestehenden Zusammenarbeit im Bereich Klima und Energie hat Bundeskanzler Scholz insgesamt 1,5 Milliarden Euro zugesagt.

Das übergeordnete Ziel der Klimapartnerschaft ist es, zusammen mit den Ländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien die Umsetzung der *Green Agenda for the Western Balkans* zu beschleunigen. Das BMZ unterstützt dabei den Ausbau der erneuerbaren Energien auf allen Ebenen. Politikbasierte Kredite (*Policy Based Lending*, wie in Albanien oder Serbien) helfen dabei, die Rahmenbedingungen vor allem für private Investitionen (zum Beispiel über Auktionsmechanismen) zu verbessern. Solar- und Windenergieprojekte mit staatseigenen Versorgungsunternehmen in der Region (wie in Bosnien und Herzegowina) sorgen dafür, dass auch der öffentliche Sektor an der Energiewende teilhaben kann. Privatpersonen und Unternehmen profitieren von deutscher Unterstützung durch die Förderung von Photovoltaikanlagen für Privatpersonen, wodurch diese zu *Prosumern* (Produzent und Konsument in einer Person) werden.

Die regionale Klimapartnerschaft trägt dazu bei, die Auswirkungen der Energiekrise auf gefährdete Bevölkerungsgruppen zu verringern, den Energiesektor zu stabilisieren und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren. Darüber hinaus unterstützt sie den regionalen Zusammenhalt und den EU-Beitrittsprozess. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf Dekarbonisierung, *Just Transition* und die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien gesetzt.

Herausgeber Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat 422

Postanschrift der BMZ-Dienstsitze BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
T +49 (0)30 18 535-0

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
T +49 (0)228 99 535-0

Stand Januar 2024

Webseite bmz.de/klima-und-entwicklungspartnerschaften

* Die einzelnen bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften haben je nach Land unterschiedliche länderspezifische Namen.